

HINTERGRUND

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG IN MYANMAR



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismismuswatch.de
buero@terrorismuswatch.de

Die Terrorismusbekämpfung in Myanmar ist seit dem Militärputsch vom 1. Februar 2021 integraler Bestandteil der staatlichen Sicherheitsarchitektur und kann nur im Kontext des anhaltenden bewaffneten Binnenkonfliktes analysiert werden. Die gegenwärtige Sicherheitsstruktur basiert auf der formalen Trennung zwischen Terrorismusbekämpfung, Aufstandsbekämpfung und innerer Sicherheit, wobei diese Bereiche operativ zunehmend ineinandergreifen. Vor dem Putsch konzentrierte sich die Terrorismusbekämpfung vor allem auf separatistische Gewalt, grenzüberschreitende militante Netzwerke sowie auf einzelne islamistisch geprägte Akteure. Mit der Machtübernahme durch das Militär veränderte sich jedoch die operative Ausrichtung des gesamten Anti-Terror-Apparates erheblich. Seitdem wird der Terrorismusbegriff innerhalb der staatlichen Sicherheitsdoktrin deutlich umfassender angewendet und bildet die juristische sowie operative Grundlage für Maßnahmen gegen bewaffnete und politische Oppositionsstrukturen.

Die rechtliche Grundlage dieser Terrorismusbekämpfung bildet in erster Linie das Counter-Terrorism Law von 2014. Dieses Gesetz umfasst 19 Kapitel und 72 Artikel und definiert terroristische Handlungen, terroristische Vereinigungen sowie Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten. Die gesetzliche Struktur erlaubt der Regierung die formale Einstufung von Organisationen als terroristische Akteure sowie die Einleitung strafrechtlicher und operativer Maßnahmen. Zu diesen Maßnahmen gehören Vermögenssperrungen, Kommunikationsüberwachung, präventive Festnahmen sowie strafrechtliche Verfolgung von Unterstützungsnetzwerken. Das Gesetz ist das zentrale

juristische Instrument des Staates im Bereich Terrorismusbekämpfung. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden unter anderem die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) sowie später die Arakan Army (AA) offiziell als Terrororganisationen eingestuft. Nach dem Militärputsch wurde der Anwendungsbereich des Gesetzes erweitert, als die National Unity Government (NUG) und Teile der People's Defence Forces (PDF) durch die Junta als terroristische Strukturen klassifiziert wurden. Dadurch erweiterte sich der operative Rahmen des Gesetzes deutlich auf den innerstaatlichen politischen Widerstand.

Zusätzlich zur gesetzlichen Basis stützt sich die Terrorismusbekämpfung auf die Verfassung von 2008, insbesondere auf deren Notstandsbestimmungen. Artikel 417 erlaubt die Ausrufung eines Ausnahmezustandes bei Gefährdung der staatlichen Einheit oder Stabilität. Diese verfassungsrechtliche Bestimmung wurde unmittelbar nach dem Putsch aktiviert und bildet seither die Grundlage für weitreichende exekutive und militärische Sonderbefugnisse. Im Rahmen dieses Ausnahmezustandes wurden Kompetenzen wie verlängerte präventive Inhaftierungen, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung, Kommunikationsüberwachung, Reisebeschränkungen sowie die Übertragung sicherheitsrelevanter Verfahren an Militärtribunale aktiviert. Diese rechtlichen Instrumente erweitern die staatliche Handlungsfähigkeit innerhalb der Terrorismusbekämpfung erheblich und verstärken gleichzeitig die Zentralisierung von Sicherheitsentscheidungen innerhalb der Militärführung.

Institutionell ist die Terrorismusbekämpfung in Myanmar stark zentralisiert und durch militärische Dominanz geprägt. Die wichtigste koordinierende Struktur ist das Central Committee for Counter Terrorism, welches formell unter Leitung des Innenministeriums arbeitet und die Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsorgane koordiniert. Dieses Gremium dient als zentrale Schnittstelle zwischen Polizei, Militär, Nachrichtendiensten und Verwaltungsstrukturen. Innerhalb des formellen Systems übernimmt die Myanmar Police Force (MPF) die operative Polizeiarbeit im Bereich Terrorismusbekämpfung. Ihre Zuständigkeiten umfassen Ermittlungen zu Sprengstoffanschlägen, Terrorismusfinanzierung, forensische Auswertung, Festnahmen sowie operative Sicherungsmaßnahmen in urbanen Räumen. Innerhalb der Polizei bestehen spezialisierte Anti-Terror-Abteilungen und Bomb Disposal Units, die insbesondere bei urbanen IED-Lagen eingesetzt werden.

Das dominierende Sicherheitsorgan bleibt jedoch das Tatmadaw. Das Militär übernimmt in Myanmar nicht nur klassische Verteidigungsfunktionen, sondern kontrolliert weite Teile der inneren Sicherheitsarchitektur. Im Kontext der Terrorismusbekämpfung führt das Tatmadaw offensive Operationen gegen bewaffnete Widerstandsgruppen, Grenzoperationen sowie strategische Sicherheitsoperationen durch. Diese umfassen Luftschläge, Bodenoffensiven, Aufklärungseinsätze und territoriale Kontrollmaßnahmen. Besonders in den Regionen Sagaing, Chin, Shan, Kachin und Rakhine fungiert das Militär als primärer Akteur bei Anti-Terror- und Anti-Insurgency-Maßnahmen. Parallel dazu ist das Office of the Chief of Military Security Affairs (OCMSA) als zentraler

militärischer Nachrichtendienst verantwortlich für die Überwachung politischer Netzwerke, technische Aufklärung, Infiltration oppositioneller Strukturen und Identifikation logistischer Unterstützer bewaffneter Gruppen. Diese Nachrichtendienstfunktion ist ein wesentlicher Bestandteil der operativen Terrorismusbekämpfung.

Im Bereich nationaler Strategien und Präventionsprogramme verfügt Myanmar formal über einzelne Maßnahmen zur Prävention gewaltbereiter Extremismusformen. Vor dem Putsch lag der Schwerpunkt auf Community-basierten Programmen in konfliktbetroffenen Regionen, interreligiösem Dialog, lokaler Mediation sowie der Überwachung extremistischer Narrative. Besonders in Rakhine bestanden Programme zur Konfliktprävention zwischen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Diese Ansätze wurden teilweise durch internationale Partner unterstützt. Nach 2021 verlagerte sich der Schwerpunkt jedoch fast vollständig auf sicherheitszentrierte Maßnahmen. Der Staat verfolgt seither primär territoriale Kontrolle, Überwachung und Unterbindung oppositioneller Netzwerke. Ein institutionell etabliertes Deradikalisierungsprogramm für ehemalige Kämpfer, politische Extremisten oder ideologisch radikalisierte Personen existiert gegenwärtig nicht. Reintegration erfolgt nur punktuell und überwiegend im Rahmen lokaler Waffenstillstände mit ethnischen Gruppen.

Im digitalen Raum wurden Maßnahmen zur Kontrolle von Online-Radikalisierung ausgebaut. Dazu gehören die Überwachung sozialer Medien, Kommunikationsplattformen und digitaler Netzwerke. Diese Maßnahmen dienen der Identifikation extremistischer Kommunikation, der Erkennung

logistischer Netzwerke sowie der Unterbindung koordinierter Mobilisierung. Gleichzeitig sind digitale Kontrollmaßnahmen integraler Bestandteil der breiteren staatlichen Sicherheitsarchitektur geworden.

Auf internationaler Ebene ist Myanmar in mehrere multilaterale Anti-Terror-Strukturen eingebunden. Myanmar ist Vertragsstaat von 13 der 19 universellen Anti-Terror-Instrumente der United Nations und beteiligt sich an internationalen Mechanismen zur Terrorismusfinanzierungsbekämpfung. Über die Association of Southeast Asian Nations erfolgt Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Grenzsicherheit, Informationsaustausch, Bekämpfung transnationaler Kriminalität und Finanzermittlungen. Innerhalb des ASEAN-Rahmens ist Myanmar Teil der ASEAN Convention on Counter-Terrorism und beteiligt sich an regionalen Sicherheitsmechanismen.

Bilateral bestehen relevante Kooperationen mit China, India, Thailand und Bangladesh. Diese Kooperationen konzentrieren sich primär auf Grenzkontrolle, gemeinsame Sicherheitsoperationen sowie Informationsaustausch zu bewaffneten Gruppen und Schmuggelnetzwerken. Mit Indien besteht operative Abstimmung hinsichtlich nordostindischer Separatisten wie ULFA-I und NSCN, die in Grenzräumen Myanmars Rückzugsräume nutzen. Mit Bangladesch liegt der Schwerpunkt auf Rohingya-bezogenen Sicherheitsfragen und der Beobachtung von ARSA-Strukturen. Eine operative Kooperation mit der North Atlantic Treaty Organization besteht nicht. Die Zusammenarbeit mit der European Union ist seit 2021 deutlich eingeschränkt.

Operativ sind mehrere Anti-Terror-Operationen von besonderer Bedeutung. Die zentrale Referenzoperation war die großangelegte Sicherheitsoperation gegen ARSA im Jahr 2017 in Rakhine. Diese begann nach koordinierten Angriffen auf Polizeistationen und militärische Einrichtungen. Die Operation umfasste systematische Durchsuchungen, Grenzblockaden, Festnahmen und großflächige militärische Räumungsoperationen. Operativ führte dies zur erheblichen Reduzierung der sichtbaren ARSA-Kapazitäten innerhalb Myanmars. Seit 2021 dominieren jedoch Anti-Insurgency-Operationen gegen PDF-Strukturen und ethnische bewaffnete Gruppen das operative Bild. Diese Operationen umfassen Luftangriffe, Bodenoffensiven, Kommunikationssperren und gezielte Festnahmen. Besonders in Sagaing und Chin wurden wiederholt großflächige militärische Operationen gegen mutmaßliche Unterstützungsnetzwerke durchgeführt. Parallel dazu erfolgen regelmäßig urbane Operationen zur Zerschlagung von IED-Zellen in Yangon und Mandalay.

Gesellschaftlich und menschenrechtlich ist die Terrorismusbekämpfung in Myanmar stark umstritten. Internationale Menschenrechtsorganisationen sowie UN-Gremien dokumentieren wiederholt Vorwürfe im Zusammenhang mit außergerichtlichen Tötungen, Massenverhaftungen, Folter, Kollektivmaßnahmen gegen Dörfer sowie Luftangriffen auf zivile Infrastruktur. Besonders die Operationen in Rakhine 2017 und die Anti-PDF-Kampagnen seit 2021 stehen im Zentrum internationaler Kritik. Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft die extensive Anwendung des Terrorismusbegriffs auf politische Oppositionsakteure. Diese Entwicklung hat die

institutionelle Trennlinie zwischen Terrorismusbekämpfung und politischer Repression erheblich reduziert.

HINTERGRUND

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG MYANMAR

terrorismuswatch



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismismuswatch.de
buero@terrorismuswatch.de